Bündnis 90 / Die Grünen
Gemeinderatsfraktion Friedrichshafen
Schanzstraße 14
88045 Friedrichshafen
☎ 07541/203-7930
fraktion@gruene-fn.de

Fraktionsvorsitzende
Anna Hochmuth
☎ 0152-01497653
anna.hochmuth@rat.friedrichshafen.de

Friedrichshafen, 28.10.2022

Antrag der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Doppelhaushalt 2023/2024

Antrag:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen die Bereitstellung finanzieller Mittel im DHH 2023 /2024 zur Besetzung vakanter und neu zu schaffender Stellen, der Verbesserung der Rahmenbedingungen von Mitarbeiter:innen von Stadt und Stiftung sowie einer extern durchgeführten Organisationsuntersuchung mit dem Schwerpunkt Aufgabenkritik.

Beschlussfassung:

1. Der Gemeinderat beschließt, im städtischen Haushalt Personalkosten in Höhe von vier Millionen Euro zur Besetzung vakanter und neu zu schaffender Stellen einzuplanen. Diese Mittel werden zum einen zur Personalgewinnung genutzt und zum anderen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Mitarbeiter:innen verwendet. Entsprechend werden zwei Millionen Euro aus dem Stiftungshaushalt eingesetzt.
2. Für die externe Organisationsuntersuchung werden die entsprechenden Mittel in die Haushalte 2023/2024 von Stadt und Stiftung eingeplant.

Begründung:

Zu Punkt 1

In Friedrichshafen ist in den letzten Jahren ein gewaltiger Projektstau entstanden, der von Jahr zu Jahr größer und dessen Abbau immer unrealistischer wird.

Verantwortlich dafür sind fehlende Personalressourcen in allen Bereichen. Dazu gehören zum einen die hohe Anzahl der nicht besetzten vorhandenen Stellen, als auch Stellen, die aufgrund veränderter oder neuer Aufgaben und Themen neu geschaffen werden müssen.
Ausreichend und gut qualifiziertes Personal ist eine Grundvoraussetzung für eine gut funktionierende Verwaltung und ihre Pflicht zur Aufgabenerfüllung für die Stadt und ihre Bürger:innen.

In der Sitzungsvorlage schreibt die Verwaltung: *„Der Personalentwicklung kommt künftig eine sich weiter steigernde Bedeutung zu. Der demographische Wandel, der deutschlandweite Fachkräftemangel, Generationenherausforderungen, Digitalisierung sowie die damit einhergehenden Bedürfnis- und Erwartungshaltungen der (zukünftigen) Mitarbeitenden sind hier nur beispielhaft zu nennen und Ursache dafür, dass die Anstrengungen bei der Personalgewinnung und Personalbindung in Zukunft weiter deutlich ausgebaut werden müssen.“*

Die zukünftigen Themen, die von der Stadtverwaltung gemeistert werden müssen, können nur mit ausreichend Personal vorangebracht werden.
Beispiele dafür sind wachsende Anforderungen durch steigende Einwohnerzahlen insbesondere in den Bereichen Bildung und Betreuung, Integration sowie Bauen und Wohnen. Außerdem fordern die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung und damit verbunden die Mobilitätswende auf kommunaler Ebene vollen Einsatz der mit den Themen betrauten Verwaltungsmitarbeiter:innen.

Unter Berücksichtigung der bereits aktuell nicht besetzten Stellen und der Stellen, die aufgrund von Rente, Pension und Fluktuation unbesetzten Stellen wird die Situation für die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung nicht einfacher. Immer weniger Mitarbeiter:innen werden immer mehr Aufgaben übernehmen und erledigen müssen. Eine derartige anhaltende Überforderungssituation kann unserer Ansicht nach nicht funktionieren. Schon heute kann man steigende Krankheitszeiten beobachten, die wiederum dazu führen, dass noch mehr Arbeit von noch weniger Mitarbeiter:innen erledigt werden müsste oder wenn dies nicht gelingt, zum Nachteil der Stadt und ihrer Bürger:innen nicht erledigt wird, bzw. in schlechterer Qualität als mit ausreichender Personalstärke möglich wäre ausgeführt wird.

Aus den genannten Gründen halten wir es für unabdingbar, die Verwaltung personell so gut wie möglich aufzustellen, um die bevorstehenden Aufgaben erfüllen zu können.
Der Personalrat schreibt dazu in seiner Stellungnahme:
„Nur ein attraktiver Arbeitgeber, der sich um seine Beschäftigten im ausreichenden Maße kümmert, wird in der Zukunft noch Bewerber generieren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung behalten können. Nur so können die Aufgaben, die der Gemeinderat der Verwaltung zur Erledigung gibt, erfüllt werden. Die notwendigen und erforderlichen Standards können nur mit ausreichendem Personal und einer erfolgreichen Aufgabenkritik eingehalten werden. Dies gilt sowohl für die Pflicht- wie auch für die freiwilligen Aufgaben.“
Dem schließen wir uns in vollem Umfang an.

Zu Punkt 2

Neben der Quantität und Qualität der Belegschaft ist eine optimale Arbeitsstruktur und Aufgabenverteilung unabdingbar.
Um keine Zeit zu verlieren, sollen für die externe Organisationsuntersuchung ausreichend Haushaltsmittel im Doppelhaushalt 2023/2024 bereitgestellt werden, damit die Untersuchung und Aufgabenkritik schnellstmöglich erfolgen kann.
Dabei ist es uns wichtig, dass ein Ziel der Aufgabenkritik sein soll, unzumutbare Arbeitsverdichtungen für die Mitarbeiter:innen der Verwaltung zu vermeiden und gleichzeitig Pflichtaufgaben und priorisierte Aufgaben jeweils in einer angemessenen Zeit umgesetzt werden können.